

Soziale Gerechtigkeit Schwerer Weg nach oben

Das Elternhaus entscheidet über den Bildungserfolg – unabhängig von der Schulform

Die hier vorgestellte, noch unveröffentlichte Studie zur Wirksamkeit von Gesamtschulen birgt Sprengstoff für [die Debatte um das richtige Schulsystem](#) – und die Möglichkeit der Schulen, zur sozialen Gerechtigkeit beizutragen. Der kürzlich emeritierte Pädagogikprofessor Fend, der in Konstanz und Zürich lehrte, hat bereits in den siebziger Jahren in Hessen die größte Studie zur Wirksamkeit dieser Schulform durchgeführt (»Gesamtschule im Vergleich«; Beltz Verlag, Weinheim 1982)

Selten hat mich das Ergebnis meiner Forschungen so überrascht und enttäuscht wie diesmal: Die Gesamtschule schafft unterm Strich nicht mehr Bildungsgerechtigkeit als die Schulen des gegliederten Schulsystems – entgegen ihrem Anspruch und entgegen den Hoffnungen vieler Schulreformer, denen ich mich verbunden fühle. Die soziale Herkunft, so die bittere Erkenntnis der neuen Studie, entscheidet hierzulande noch langfristiger über den Bildungserfolg der Kinder als bislang angenommen.

Das überrascht deshalb, weil andere Untersuchungen in eine andere Richtung wiesen. Meine Gesamtschulstudie in den siebziger Jahren zeigte zum Beispiel, dass die Gesamtschulen bei der Verteilung von Bildungschancen gerechter sind als die Schulen des gegliederten Systems. In den meisten Gesamtschulen wurden die Schüler entsprechend ihrer Leistung auf unterschiedlich anspruchsvolle Kurse verteilt. Bei dieser innerschulischen Auswahl, das zeigte die Untersuchung, spielte die soziale Herkunft der Kinder keine so starke Rolle wie bei der Verteilung der Schüler auf die Haupt- oder Realschule oder das Gymnasium. Auch die Pisa-Studie weist darauf hin, dass in Staaten mit Gesamtschulsystemen die Leistungen der Schüler nicht so eng an die soziale Herkunft gekoppelt sind wie in Staaten mit einem gegliederten Schulsystem.

Beide Studien, die begrenzt ihre Aussagekraft, untersuchten Schüler, die die neunte, maximal die zehnte Klasse besuchten. Was ist mit dem weiteren Lebensweg der Schüler unterschiedlicher Bildungssysteme? Darauf habe ich mit meinem Team eine Antwort gesucht. [In der Studie](#) haben wir das schulische Schicksal und den Lebenslauf von 1527 Personen vom 12. bis zum 35. Lebensjahr untersucht. Ein Drittel war in der Großstadt Frankfurt aufgewachsen, zwei Drittel in umgebenden Landkreisen. Einer dieser Landkreise hatte flächendeckend eine Förderstufe eingerichtet, in der die Kinder von der fünften bis zur sechsten Schulstufe beisammenblieben und dann in herkömmliche Schulformen wechselten. Weil die Studie die drei Schulsysteme, »dreigliedriges Bildungswesen«, »Förderstufe« und »Gesamtschule«, abbildet, können wir beobachten, welche Lebenswege ihre Absolventen eingeschlagen haben. Welchen Schulabschluss haben sie letztendlich erreicht, welche Ausbildung geschafft, und in welche Berufspositionen sind sie gekommen? Damit kann die Nagelprobe gemacht werden, ob Schulsysteme die soziale Selektivität der Bildungs- und Berufslaufbahnen langfristig reduzieren oder gar beseitigen können.

Wenn wir die Lebenswege dieser jungen Menschen beobachten, finden wir eine erste positive Überraschung. Wir hatten erwartet, dass die Kinder der neunten Schulstufe jene Abschlüsse machen, die der Schulform entsprechen, in der sie sind. Dies war aber bei 25 Prozent der Schüler nicht der Fall. Sie sind zu anderen Abschlüssen, meist höheren,

gekommen. Offenbar wurden die vom Schulsystem gebotenen Anschlussmöglichkeiten, auch nach dem neunten oder zehnten Schuljahr neue Chancen zu ergreifen, genutzt. Wenn wir aber die Schul- und Ausbildungswege im Detail betrachten, zeigt sich, wie groß der Einfluss der sozialen Herkunft auf den höchsten Abschluss in der Berufsbildung ist ([siehe Grafik](#)). Die Chancen eines Arbeiterkindes, einen Hochschulabschluss zu erreichen, stehen im Vergleich zu einem Kind aus den Bildungsschichten eins zu zwölf.

Die größte Enttäuschung entsteht beim Blick auf die soziale Selektivität bei den verschiedenen Stufen des Bildungs- und Berufsweges. Sie wird durch Förderstufen oder Gesamtschulen nicht reduziert! Bei ehemaligen Kindern aus Gesamtschulen, Förderstufen und dem dreigliedrigen Bildungswesen bestimmt die soziale Herkunft gleichermaßen mit, welche Schulabschlüsse, Ausbildungen und Berufe sie erreichen. Solange die Schule intern agieren kann, also die Kinder und Jugendlichen beisammen hat und sie nach Leistungen gruppiert, kann sie die soziale Selektivität durchaus reduzieren. Wenn es um die weiteren Bildungsstufen geht, um die risikobehafteten Entscheidungen beim Schulabschluss, bei der Ausbildung und bei den Berufslaufbahnen, dann verliert sich dieser schulische Einfluss, und die familiären Ressourcen in der Gestaltung der Entscheidungen treten in den Vordergrund.

Diese Ergebnisse müssen sicher sorgfältig auf ihre Verallgemeinerbarkeit hin geprüft werden. Aber diese Studie ist die bislang größte ihrer Art, und sie wird zudem von anderen Studien über den Zusammenhang von familiärem Hintergrund und Berufslaufbahn gestützt. Was bedeuten die Ergebnisse inhaltlich? Sie sprechen einmal dafür, dass die Ressourcen der Familie, optimal für ihre Kinder zu sorgen, sich bei unterschiedlichen Bildungssystemen durchsetzen. Danach müssten auch Familien der Bildungsschichten nicht befürchten, bei Gesamtschulen die Bildungsziele für ihre Kinder weniger realisieren zu können. Das jeweilige Bildungssystem ist für sie immer das Instrument, die bestmögliche Vorsorge für die Kinder zu erreichen. Familienforscher dürften beeindruckt sein, wie groß hier die intergenerationale Transmissionsleistung ist. Wer behauptet, dass die Familie in der Moderne an Bedeutung verloren habe, wird angesichts dieser Ergebnisse unglaubwürdig. Dennoch ist für die meisten Kinder die Schule die wichtigste, wenn nicht die einzige Chance des sozialen Aufstiegs und der kulturellen Erfahrungen.

Eine Kernfrage bleibt: Was kann die Schule tun, um die soziale Selektivität zu verringern? Sind veränderte Bildungssysteme wie Gesamtschulen oder Gemeinschaftsschulen unwirksam? Die Antwort auf dem Hintergrund der obigen Ergebnisse: Solange sie die Kinder »bei sich« hat, kann sie sehr viel machen. An den Stellen, an denen Entscheidungen mit Risikocharakter getroffen werden müssen, kommen die Ressourcen der Familie zum Tragen. Die Erhöhung der Chancengleichheit und der sozialen Gerechtigkeit, die Stärkung der Integration in einem Gemeinwesen sind wichtige sozialpolitische Ziele. Dazu die Möglichkeiten des Bildungswesens auszuschöpfen ist jede Anstrengung wert. Das notwendige Instrumentarium muss aber umfassender sein, als lediglich die Bildungsgänge in der Sekundarstufe I zu integrieren. Eine gezielte Frühförderung und Unterstützung, etwa durch Ganztagschulen, könnten sich als bedeutsam erweisen. Es kann dabei aber nie darum gehen, gegen die Bemühungen bildungsmotivierter Elternhäuser zu handeln. Im Vordergrund muss vielmehr die Hilfe für jene Eltern und Kinder stehen, die die Chancen des Bildungswesens nicht nutzen oder nicht nutzen können. Letztlich muss das Ziel sein, dass es allen Kindern gut gehen kann, gleich, welchen Schulabschluss sie machen. Dass dies der Fall ist, zeigt unsere Studie ebenfalls.

Doch die Verringerung der sozialen Selektivität muss nicht der einzige Grund sein, um Veränderungen der Sekundarstufe I sinnvoll zu machen. So scheint klar, dass eine frühe

Einteilung in Bildungsgänge nach der vierten Klasse nur zu rechtfertigen ist, wenn die Anschlussmöglichkeiten an weiterführende Bildungswege nach der neunten oder zehnten Klasse gut ausgebaut sind, etwa in den berufsbildenden Gymnasien. Ansonsten wäre die frühe Selektion in der Tat für kleine Kinder und ihre Familien unzumutbar. Auch gut ausgebaute berufsbildende Wege zu einer Hochschulreife – wie bei der Berufsmatura in der Schweiz und in Österreich – machen die frühe Selektion erst pädagogisch erträglich. Demografische Gründe können ebenfalls Veränderungen notwendig machen. Wenn in einer Region nicht mehr alle Bildungswege in separaten Schulen angeboten werden können, liegt es nahe, Schulen zusammenzulegen.

Die Zersplitterung der Bildungsgänge in verschiedenen Schulformen oder die Ausgrenzung von Hauptschulen in Großstädten lassen es sinnvoll erscheinen, dort eine Zweigliedrigkeit ins Auge zu fassen. Sie würde helfen, problematische Zusammensetzungen der Schülerschaft zu verhindern. Auch Stigmatisierungen von Hauptschülern wären damit vermeidbar, selbst wenn das Problem der internen Stigmatisierung noch nicht bewältigt wäre. Ein zweigliedriges System könnte eine neue Übersichtlichkeit schaffen, die Eltern bei ihren Entscheidungen hilft. Dies ist in Deutschland besonders wichtig, da sich die Bildungssysteme der Länder durch die Föderalismusreform auseinanderentwickeln. Eine ebenso sinnvolle Alternative wäre es, alle Angebote in einer Schule zu konzentrieren und hier intern pädagogische Ansätze auszuprobieren.

Insgesamt legen die Forschungsergebnisse pragmatische Optionen nahe. Verschiedene Organisationslösungen der Bildungsgänge sind akzeptabel, wenn sie zu Durchlässigkeit und einer optimalen pädagogischen Förderung führen. Sie fordern auch dazu auf, nach einer pädagogischen Gestaltung der Schule zu suchen, die mehr umfasst als die Organisationsstruktur von Bildungsgängen.